

Protokoll

öffentlicher Teil der Sitzung

Rat

Sitzung Nr.: 24. (11. Wahlperiode)

Sitzungstag: 20.08.2026

Sitzungsort: Martin-Schmidt-Konzertsaal,
Hannoversche Straße 14 A,
31848 Bad Munder

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

Nr.	TOP	Vorl.-Nr.
1.	Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung	
2.	Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu nicht auf der Tagesordnung stehenden Angelegenheiten	
3.	Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der 23. Ratssitzung am 25.06.2026	
4.	Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen und Mitteilungen des Bürgermeisters	
5.	Zukünftiger Hauptsitz der Stadtverwaltung; hier: Feststellung der Ergebnisse der Prüfung der Variante „Sparkasse/Steinhof“, Feststellung der umzusetzenden wirtschaftlicheren Variante aus der Gegenüberstellung mit der Variante „Neubau Rathaus am Standort der alten Schule“ und Beauftragung der Verwaltung mit der Umsetzung auf Basis der Vorlage 44/2026 und der entsprechenden Beschlussempfehlung des Planungsausschusses vom 02. Juni 2026 als Grundlage der Beratung und Beschlussfassung	44/2026
6.	Anfragen von Ratsmitgliedern	
6.1.	Geheime Abstimmung	
6.2.	Geschäftsordnung Rat	
7.	Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern	

PROTOKOLL

über die 24. (11. Wahlperiode) öffentliche und anschließend nichtöffentliche Sitzung des Rates der Stadt Bad Münde am Deister am Donnerstag, 20. August 2026, Martin-Schmidt-Konzertsaal, Hannoversche Straße 14 A, 31848 Bad Münde

Beginn: 18:33 Uhr

Ende: 20:45 Uhr

Anwesend:

Vorsitzende

Joumaah, Petra

Mitglieder des Rates

Barkowski, Dirk

Bogorinsky, Peter

Bogorinsky-Schäfer, Jana

Bornholdt, Hans-Peter

Bubat-Hahn, Susanne

Bund, Thorsten

Burdorf, Dr. Helmut

Domeyer, Elke

Fischer, Swen

Frödrich, Heike

Hachfeld, Benjamin

Hartmann, Wilfried

Hauk, Ute

Hillebrand, André

Hoffmann, Bo

Keller, Jürgen

Kittelman, Anne

Konior, Thomas

Lampe, Stefan

Lührs, Susanne

Meyer, Peter

Nagel, Ingo

Olejniczak, Detlef

Pohl-Behrendt, Sina

bis TOP 7

Priesett, Florian

Reich, Jan-Christoph

Rosenthal, Diana

Siegmund, Hans-Ulrich

Skupin, Femke

Von der Verwaltung

Westphal, Marcus

Protokollführerin

Schmidt, Andrea

Es fehlen

Abend-Achilles, Wolfgang

entschuldigt

Brodthmann, Moritz

entschuldigt

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung, der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

Ratsvorsitzende Joumaah eröffnet die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Rates, den Bürgermeister, die Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung und die Presse sowie die Zuhörerinnen und Zuhörer.

Sie stellt die ordnungsgemäße Einladung, die Beschlussfähigkeit und die Tagesordnung fest. Gegen diese Feststellungen werden keine Einwände erhoben.

2. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern zu nicht auf der Tagesordnung stehenden Angelegenheiten

Einwohnerfragestunde und Geschäftsordnung des Rates

Ein Einwohner fragt, weshalb die Geschäftsordnung des Rates vorsieht, dass Fragen zu Tagesordnungspunkten erst zu einem späteren Zeitpunkt zulässig sind. Er weist darauf hin, dass dadurch wichtige Punkte möglicherweise nicht rechtzeitig berücksichtigt werden können.

Herr Westphal erläutert, dass der Gesetzgeber die Möglichkeit dieser Regelung in der Geschäftsordnung vorgesehen hat, damit die Fragestellungen keinen Einfluss auf die Entscheidungsfindung des Rates nehmen können. Der Rat hat mit der Beschlussfassung der Geschäftsordnung in der vorliegenden Form von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht.

Legitimation und Legal

Ein Einwohner möchte vom Ratsherr Siegmund wissen, ob er den Unterschied zwischen legitim und legal kennt.

Ratsherr Siegmund erklärt, dass die Frage aufgrund des nicht erkennbaren Sinnzusammenhangs nicht beantwortet werden kann.

Ratsprotokoll und Geschäftsordnung des Rates

Ein Einwohner fragt nach der Geschäftsordnung des Rates und weist darauf hin, dass die Niederschrift innerhalb von 14 Tagen öffentlich zugänglich gemacht werden muss. Er möchte wissen, weshalb diese Vorgabe nicht eingehalten wird.

Bürgermeister Barkowski erklärt, dass er selbst diese Frage bereits ausführlich schriftlich an den Fragesteller beantwortet hat. Als wesentlicher Grund ist die derzeitige Nichtfunktionsfähigkeit des Ratsinformationssystems zu nennen.

Niederschrift des Ratsprotokolls

Eine Einwohnerin erkundigt sich, wann mit der Veröffentlichung des nächsten Protokolls zu rechnen ist.

Bürgermeister Barkowski erklärt, dass die Niederschrift innerhalb von 14 Tagen auf der Homepage veröffentlicht wird.

3. Genehmigung des Protokolls über den öffentlichen Teil der 23. Ratssitzung am 25.06.2026

Ratsherr Hachfeld bittet um eine inhaltliche Korrektur auf Seite 9. Bei der Anfrage von Ratsfrau Skupin ging es neben der Kindertageseinrichtung Eimbeckhausen auch um die Einrichtung in Beber-Rohrsen.

Das Protokoll über den öffentlichen Teil der 23. Ratssitzung vom 25.06.2026 wird mit der genannten Ergänzung mit 27 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen (CDU-Ratsfraktion und Ratsgruppe Bad Münster kann mehr/pro Bürger) genehmigt.

4. Bericht über die Ausführung von Ratsbeschlüssen und Mitteilungen des Bürgermeisters

Kommunalwahlen am 13.09.26 und etwaige Stichwahl/en am 27.09.26

Die Briefwahlstelle zu den Kommunalwahlen 2026 ist ab dem morgigen Freitag, 21.08.26, geöffnet.

In der Briefwahlstelle können Anträge auf die Erteilung eines Wahlscheines und die Ausstellung von Briefwahlunterlagen gestellt sowie die Wahlunterlagen abgeholt werden. Zudem ist die Briefwahl vor Ort möglich.

Abweichend von den letzten Wahlen befindet sich die Briefwahlstelle neu im Verw.-Gebäude Alte Grundschule, Zimmernummer 22, Zugang über Friedrich-Ebert-Allee 7/9, OT Bad Münster.

Die Öffnungszeiten sind:

montags bis mittwochs	von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr von 13.30 Uhr bis 15.30 Uhr
donnerstags	von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr von 13.30 Uhr bis 17.30 Uhr
freitags	von 8.00 Uhr bis 12.00 Uhr
außerdem am Freitag, 11.09.26,	von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr;
im Falle einer Stichwahl/von Stichwahlen	
auch am Freitag, 25.09.26,	von 8.00 Uhr bis 13.00 Uhr.

Der Zugang zum Verw.-Gebäude Alte Grundschule über die Friedrich-Ebert-Allee 7/9 ist nicht uneingeschränkt barrierefrei, aber rollstuhlgerecht mit Unterstützung.

5. **Zukünftiger Hauptsitz der Stadtverwaltung;**
hier: Feststellung der Ergebnisse der Prüfung der Variante
„Sparkasse/Steinhof“, Feststellung der umzusetzenden wirt-
schaftlicheren Variante aus der Gegenüberstellung mit der
Variante „Neubau Rathaus am Standort der alten Schule“ und
Beauftragung der Verwaltung mit der Umsetzung auf Basis
der Vorlage 44/2026 und der entsprechenden Beschlussemp-
fehlung des Planungsausschusses vom 02. Juni 2026 als
Grundlage der Beratung und Beschlussfassung

44/2026

Ratsherr Hartmann stellt zur Geschäftsordnung folgenden Antrag:

Der Rat der Stadt Bad Münster beschließt zum Tagesordnungspunkt 5, die Entscheidung zur Beschlussvorlage (44/2026) über den zukünftigen Hauptsitz der Stadtverwaltung in die neue Legislaturperiode nach der Kommunalwahl zu verschieben.

Er begründet den Antrag damit, dass zum jetzigen Zeitpunkt eine endgültige Entscheidung nicht sachgerecht getroffen werden kann. Vor einer Entscheidung müssen ein konkretes Nachfolgekonzept für die unter Denkmalschutz stehenden Gebäude sowie eine Kostenabschätzung vorliegen.

Der Rat stimmt mit 11 Ja-Stimmen (Ratsgruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen), 17 Nein-Stimmen (Bürgermeister, CDU-Fraktion, Ratsgruppe Bad Münster kann mehr/pro Bürger und AfD) und 2 Enthaltungen (CDU-Fraktion und Ratsgruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen) gegen den Geschäftsordnungsantrag.

Anschließend trägt die Ratsvorsitzende Joumaah die mit der Beschlussempfehlung des Ausschusses für Bau, Planung und Umwelt vom 02.06. übereinstimmende Beschlussempfehlung des Verwaltungsausschusses an den Rat vom 20.08.2026 vor:

1. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für die Variante „Sparkasse/Steinhof“ auf Basis des festgelegten Raumprogramms werden als Grundlage für den Wirtschaftlichkeitsvergleich verbindlich festgestellt.

Die Variante „Sparkasse/Steinhof“ wird danach als machbar bewertet.

2. Die Ergebnisse des Wirtschaftlichkeitsvergleichs zwischen den Varianten „Sparkasse/Steinhof“ und „Neubau Rathaus am Standort der alten Schule“ werden verbindlich festgestellt.

Die Variante „Neubau Rathaus am Standort der alten Schule“ mit einem fortgeschriebenen Kostenrahmen von 12.235.018 EUR stellt bei 4,05 Bewertungspunkten gegenüber der Variante „Sparkasse/Steinhof“ (Kostenrahmen 12.773.612 EUR zzgl. Grunderwerb und geschätzte Nebenkosten von 560.000 EUR/3,16 Bewertungspunkte) die wirtschaftlichere Variante dar und ist in Umsetzung des erfolgreichen Ratsbürgerentscheides vom 21.09.25 damit zu realisieren.

3. Die Verwaltung wird zur Umsetzung beauftragt, nach Abstimmung der Finanzierung auf Basis der Veranschlagung im Haushalt 2026 und der hierzu ergangenen Genehmigungsverfügung mit der Kommunalaufsicht, die notwendigen EU-Vergabeverfahren für die erforderlichen Planungsleistungen (mindestens Architekten, Fachingenieure Heizung, Lüftung und Sanitär (TGA 1), Elektro (TGA 2) und Tragwerksplanung (Statik)) unter Hinzuziehung der notwendigen externen Beratungsleistungen mit der Zielsetzung vorzubereiten, die Vergabeverfahren Ende 2026 zu beginnen.

Ratsherr Siegmund führt aus, dass das Ergebnis des Ratsbürgerentscheids nunmehr festzustellen ist. Der Rat muss dem mehrheitlichen Bürgerwillen folgen, weshalb kein Grund für eine Verschiebung besteht; die Beschlussgrundlage bleibt unverändert. Nach vierjähriger

Diskussion und entsprechenden Beschlüssen trägt der Rat die Verantwortung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die nun endlich Klarheit und vernünftige Räumlichkeiten benötigen. Durch die zweijährige Verzögerung sind bereits Zeit und Geld verloren gegangen. Mit der Umsetzung wird nicht nur das Raumproblem der Verwaltung gelöst, sondern auch der seit zehn Jahren bestehende Leerstand der Alten Grundschule behoben. Die Planung für das neue Rathaus berücksichtigt auch das Archiv sowie den Steinhof, wobei die Punkte nacheinander abzuarbeiten sind.

Im Anschluss an seine Ausführungen beantragt Ratsherr Siegmund für diesen Tagesordnungspunkt eine geheime Abstimmung.

Ratsherr Dr. Burdorf führt aus, dass die vorgelegte Bewertungsmatrix keine logische Konsequenz aus dem Ratsbürgerentscheid darstellt, sondern lediglich eine von mehreren möglichen Varianten ist. Er merkt an, dass sozialkulturelle Kriterien trotz mehrfacher Hinweise in den weiteren Überlegungen nicht ausreichend berücksichtigt wurden. Diesbezüglich gestellte Änderungsanträge wurden in den Sitzungen am 12.02.2026 sowie am 26.02.2026 ohne fachliche Aussprache abgelehnt.

Herr Westphal ergänzt, dass der angesprochene Änderungsantrag zur Bewertungsmatrix in der Sitzung vom 26.02.2026 gestellt und vom Rat mit 26 Ja-Stimmen bei 4 Enthaltungen abgelehnt wurde.

Ratsherr Priesett wendet sich an die städtischen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Er erklärt, dass die Politik ihre Verantwortung erkennen muss und es an der Zeit ist, moderne Arbeitsplätze zu schaffen. Eine Entscheidung in der heutigen Sitzung ist unabdingbar und ein weiteres Aufschieben perspektivlos.

Ratsfrau Lührs bedauert das Ausbleiben einer politischen Einigung und hält eine Beschlussfassung in der heutigen Sitzung für verfrüht. Sie führt aus, dass das Ergebnis der Wirtschaftlichkeitsprüfung allein nicht ausreicht, um eine fundierte Entscheidung treffen zu können.

Gleichzeitig bedankt sich Frau Lührs bei Bürgermeister Barkowski dafür, dass er den Tagesordnungspunkt in der vorherigen Ratssitzung mangels Entscheidungsreife von der Tagesordnung genommen hat. Sie erkundigt sich, ob nun die Voraussetzungen für eine Entscheidung vorliegen und was sich seitdem geändert hat.

Bürgermeister Barkowski erklärt, dass er die Angelegenheit auf Grund der hohen Eskalationsstufe von der Tagesordnung genommen hatte, der Vorgang aus seiner Sicht aber durchaus entscheidungsreif ist. Die Verwaltung hat sämtliche Vorgaben des Ratsbürgerentscheids erfüllt. Ein Neubau stellt die einzig sachgerechte Entscheidung dar, die auch dem Willen des Bürgerentscheids entspreche.

Ratsfrau Rosenthal stellt die weitreichende Bedeutung der heutigen Entscheidung dar. Sie betont, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter moderne und gute Arbeitsbedingungen benötigen. Gleichzeitig müssen die Altgebäude, die das Stadtbild prägen, bei der Entscheidung berücksichtigt werden. Eine Entscheidung kurz vor der Kommunalwahl ist verfrüht und übereilt.

Ratsfrau Frödrich führt aus, dass die Bürgerinnen und Bürger in der Rathausfrage von Beginn an hätten einbezogen werden müssen. Sie verweist auf die finanzielle Belastung und die Geschichte um den Deisterpark. Da die Angelegenheit nicht entscheidungsreif ist, plädiert sie im Interesse aller dafür, dass erst der neu zu wählende Rat die Entscheidung in der Sache trifft.

Ratsherr Hillebrand kritisiert die aus seiner Sicht teilweise unzutreffende Darstellung in der öffentlichen Diskussion. Er erläutert, dass der Ratsbürgerentscheid verbindlich ist und entsprechend umgesetzt werden muss. Der Rat hat einstimmig beschlossen, die Sparkasse

einzu beziehen. Grundlage für die weitere Entscheidung sollte ein Wirtschaftlichkeitsvergleich sein. Die im Februar von einem neutralen Gutachter erstellte Bewertungsmatrix wurde angepasst und einstimmig beschlossen. Das Rechnungsprüfungsamt hat deren Anwendung als ausgeglichen und transparent empfohlen. Nach dem Ergebnis der Matrix ist die Neubauvariante wirtschaftlicher und muss nunmehr umgesetzt werden. Die Angelegenheit ist entscheidungsreif.

Ratsherr Hartmann kritisiert, dass die übrigen Fraktionen und Parteien weder auf Einwände zu den Bewertungskriterien der Matrix noch auf die Forderung nach einer verstärkten Bürgerbeteiligung eingegangen sind.

Auf Nachfrage von Ratsherr Hillebrand, aus welchem Grund der Bewertungsmatrix dennoch zugestimmt wurde, erklärt Ratsherr Hartmann, dass man sich seinerzeit in der Minorität befunden hat. Man hat dennoch versucht, die Belange der Bürgerschaft in den Prozess einzubringen.

Ratsfrau Domeyer führt aus, dass sich die Beteiligten bereits seit dem Jahr 2024 mit der Thematik beschäftigen. Eine Verschiebung der Entscheidung ist verantwortungsvoll, da auch Bestandsgebäude berücksichtigt werden müssen. Zudem erachtet sie es für erforderlich, ein klares Zielbild für Bad Münster zu entwickeln und gute Arbeitsbedingungen für die Mitarbeitenden sicherzustellen. Abschließend regt sie an, die in der Bewertungsmatrix enthaltenen Kritikpunkte nochmals zu überprüfen und zu überarbeiten.

Bürgermeister Barkowski zeigt sich über die Ausführungen von Ratsfrau Domeyer überrascht und stellt klar, dass sich die Verwaltung und die Politik bereits seit August 2021 mit der Thematik „Verwaltungsgebäude“ befassen. Ergänzend erläutert er, dass die Fraktionen angeboten hätten, die Variante Sparkasse zu prüfen; dieser Vorschlag aber am 03.06.2025 von den Initiatoren des Bürgerbegehrens abgelehnt wurde. Er betont, dass die Angelegenheit nun entscheidungsreif ist und den städtischen Mitarbeitenden endlich eine Perspektive geboten werden muss.

Nach der Aussprache stimmt der Rat mit 18 Ja-Stimmen (Bürgermeister, CDU-Fraktion, Ratsgruppe Bad Münster kann mehr/pro Bürger und AfD) und 12 Nein-Stimmen (Ratsgruppe SPD / Bündnis 90/Die Grünen) für den Antrag auf Durchführung einer geheimen Abstimmung.

Ratsvorsitzende Joumaah bestimmt Ratsfrau Pohl-Behrendt und Ratsherr Keller als Stimmzähler.

Nach ordnungsgemäßer geheimer Abstimmung beschließt der Rat mit 17 Ja-Stimmen, 11 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen:

1. Die Ergebnisse der Machbarkeitsstudie für die Variante „Sparkasse/Steinhof“ auf Basis des festgelegten Raumprogramms werden als Grundlage für den Wirtschaftlichkeitsvergleich verbindlich festgestellt.

Die Variante „Sparkasse/Steinhof“ wird danach als machbar bewertet.

2. Die Ergebnisse des Wirtschaftlichkeitsvergleichs zwischen den Varianten „Sparkasse/Steinhof“ und „Neubau Rathaus am Standort der alten Schule“ werden verbindlich festgestellt.

Die Variante „Neubau Rathaus am Standort der alten Schule“ mit einem fortgeschriebenen Kostenrahmen von 12.235.018 EUR stellt bei 4,05 Bewertungspunkten gegenüber der Variante „Sparkasse/Steinhof“ (Kostenrahmen 12.773.612 EUR zzgl. Grunderwerb und geschätzte Nebenkosten von 560.000 EUR/3,16 Bewertungspunkte) die wirtschaftlichere Variante dar und ist in Umsetzung des erfolgreichen Ratsbürgerentscheides vom 21.09.25 damit zu realisieren.

3. Die Verwaltung wird zur Umsetzung beauftragt, nach Abstimmung der Finanzierung auf Basis der Veranschlagung im Haushalt 2026 und der hierzu ergangenen Genehmigungsverfügung mit der Kommunalaufsicht, die notwendigen EU-Vergabeverfahren für die erforderlichen Planungsleistungen (mindestens Architekten, Fachingenieure Heizung, Lüftung und Sanitär (TGA 1), Elektro (TGA 2) und Tragwerksplanung (Statik)) unter Hinzuziehung der notwendigen externen Beratungsleistungen mit der Zielsetzung vorzubereiten, die Vergabeverfahren Ende 2026 zu beginnen.

6. Anfragen von Ratsmitgliedern

6.1. Geheime Abstimmung

Ratsherr Hoffmann äußert Unverständnis über den Antrag auf eine geheime Abstimmung zu Tagesordnungspunkt 5. Er fragt Ratsherrn Siegmund nach dem Grund für diesen Antrag, insbesondere da im Vorfeld bereits ein Austausch mit der AfD scheinbar stattgefunden hat.

Ratsherr Siegmund erwidert, dass es vor der geheimen Abstimmung keine Absprache mit der AfD gegeben hat. Er ergänzt, dass die geheime Abstimmung beantragt wurde, um jedem Ratsmitglied eine freie und unbeeinflusste Entscheidung zu ermöglichen.

6.2. Geschäftsordnung Rat

Ratsherr Olejniczak möchte wissen, warum die Ratsvorsitzende Joumaah beim Tagesordnungspunkt 2 ausgeführt hat, dass jeder Bürger nur eine Frage inkl. Nachfrage stellen darf.

Ratsvorsitzende Joumaah sichert eine Beantwortung über das Protokoll zu.

Antwort über das Protokoll

§ 2 a der Geschäftsordnung ist hier in Absatz 2 evtl. missverständlich formuliert. Gesprochen wird dort in Satz 3 von einer möglichen Zusatzfrage, die sich auf den Gegenstand der ersten Frage beziehen muss. Gleichzeitig beschränkt Satz 1 die Anzahl der Fragen allerdings nicht.

Die Ratsvorsitzende Joumaah beschränkte die Einwohnerfragestunde zunächst auf eine Frage je Person, um zu gewährleisten, dass innerhalb der vorgesehenen Zeit von 15 Minuten alle anwesenden Einwohnerinnen und Einwohner ihr Fragerecht wahrnehmen können.

7. Anfragen von Einwohnerinnen und Einwohnern

Externe Gutachter

Ein Einwohner fragt an, welche Maßstäbe die Ratsgruppe SPD und Bündnis 90/Die Grünen künftig an die Auswahl von Gutachtern anlegen wird.

Ratsherr Hartmann erwidert hierzu, dass politische Entscheidungen durch Mehrheiten getroffen werden und eine pauschale Auflistung von Maßstäben daher nicht möglich ist.

Sanierung Steinhof

Ein Einwohner erkundigt sich bei Ratsherr Siegmund nach dessen konkreten Vorstellungen zur Sanierung des Steinhofs.

Ratsherr Siegmund erläutert, dass die Bestandsgebäude Steinhof und Rathaus im Rahmen der Planungen für den Rathausneubau entsprechend berücksichtigt werden.

Rathausneubau

Ein Einwohner fragt nach der Finanzierung des geplanten Neubaus.

Ratsvorsitzende Joumaah erläutert, dass die weitere Planung sowie die anfallenden Kosten in den kommenden Gremiensitzungen beraten werden.

Bürgermeister Barkowski ergänzt, dass im städtischen Haushalt bereits entsprechende Mittel veranschlagt sind. Er bietet an, den Haushalt im Rahmen seiner Bürgermeisterstunde vorzustellen und zu erläutern.

Bürgerbegehren 2025 / Einreichen von Unterschriften

Ein Einwohner fragt den Bürgermeister sowie die Ratsherren Hartmann und Siegmund, ob sie sich an den damaligen Grund für die Einreichung der Unterschriften durch die Bürgerinitiative erinnern können.

Bürgermeister Barkowski erklärt, dass er nicht in die Gedanken der Initiatoren blicken kann. Eine Beantwortung der Frage ist ihm daher nicht möglich.

Ratsherr Siegmund führt aus, dass die Bürgerinitiative die Unterschriften mit dem Ziel eingereicht hat, die Aufhebung des bestehenden Ratsbeschlusses zu erreichen.